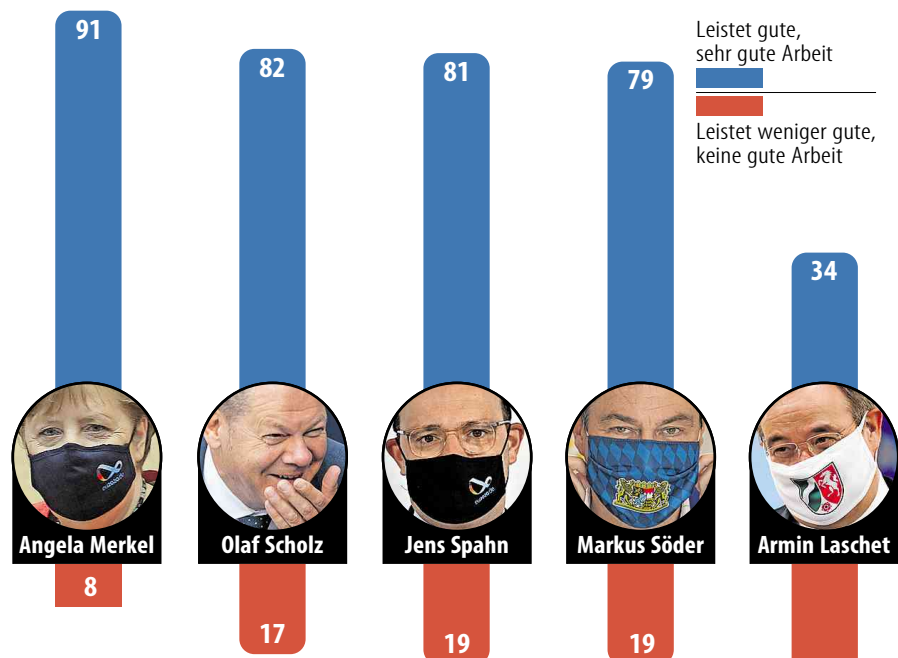


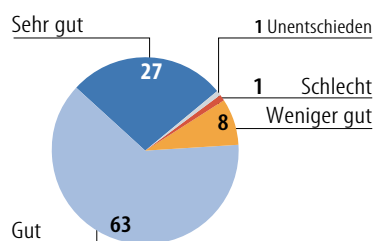
Die Corona-Krise aus Sicht der Elite

Umfrage unter Spitzenkräften aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung (Angaben in Prozent)

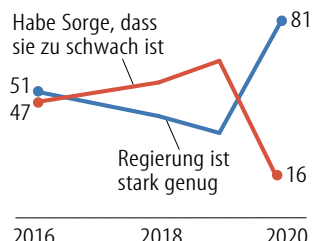
Wie bewerten Sie die Arbeit politischer Leistungsträger in der Corona-Krise?



Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise?



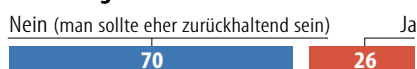
Ist die Regierung stark genug, oder machen Sie sich Sorgen?



War die Entscheidung für den Lockdown richtig?



Sollten die Einschränkungen möglichst rasch aufgehoben werden?



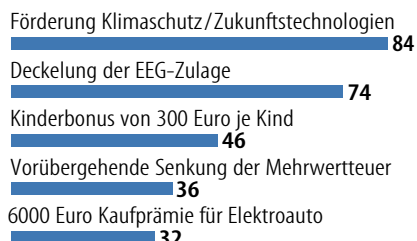
Für wie wahrscheinlich halten Sie eine zweite Infektionswelle?



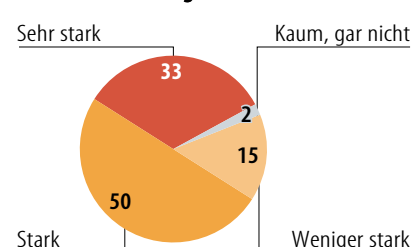
Halten Sie die vorrangige Förderung der Elektromobilität für richtig?



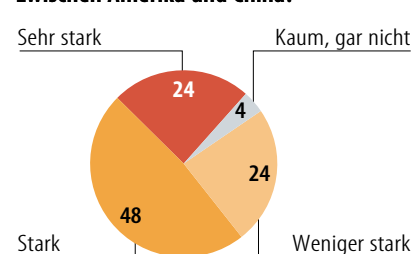
Halten Sie die Maßnahmen des Konjunkturpakets für erfolgversprechend? Ja-Antworten



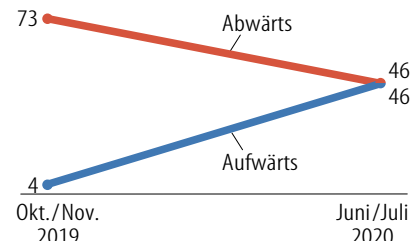
Beunruhigt Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage?



Wie stark beunruhigt Sie der Konflikt zwischen Amerika und China?



Wie wird sich die deutsche Konjunktur in den nächsten 6 Monaten entwickeln?



Auf 100 Prozent fehlende Werte: unentschieden. Befragung (zwischen 17. Juni und 9. Juli 2020) von 523 Führungsspitzen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung; darunter: 94 Vorstände von Unternehmen mit mehr als 20000 Beschäftigten, 19 Minister und Ministerpräsidenten sowie 30 Leiter von Bundes- und Landesbehörden. Quelle: Elite-Panel, Institut für Demoskopie Allensbach / Fotos dpa/F.A.Z.-Grafik Brocker

Einmütig wie selten stehen die Führungsspitzen des Landes hinter der Politik. 90 Prozent loben die Arbeit der großen Koalition in der Corona-Krise. War die Bundesregierung vor Ausbruch der Pandemie jahrelang als „zu schwach“ beurteilt worden, gibt es in deutschen Chefetagen nun kaum noch Zweifel an ihrer Handlungsfähigkeit. Das zeigt das aktuelle Elite-Panel, für das die Meinungsforscher aus Allensbach jetzt mehr als 500 Führungskräfte aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik unter anderem für die F.A.Z. befragt haben. Das Ergebnis verwundert selbst die erfahrene Allensbach-Chefin Renate Köcher. „Ich kann mich in Jahrzehnten nicht an eine solche Zustimmung zur Regierung erinnern“, sagt sie. Selbst in der Finanzkrise 2008 habe die Regierung nicht derart hohe Werte bekommen.

Weitgehend einig sind sich die Eliten darin, dass die zum Schutz der Gesundheit im März getroffenen starken Einschränkungen des Alltags und des Wirtschaftslebens richtig waren. Von dieser Bewertung profitieren die wichtigsten politischen Akteure der Corona-Krise aber nicht gleichermaßen. Das könnte mit Blick auf die Bundestagswahl bedeutsam werden. Die höchsten Zustimmungswerte erhält die Kanzlerin, die 2020 nicht wieder antritt. Aus dem Spektrum möglicher Kanzlerkandidaten der Union ragen CSU-Chef Markus Söder und Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hervor, deren Arbeit in der Corona-Krise mehr als 80 Prozent der Befragten überzeugt. Abgeschlagen landet hingegen Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet, der sich im November zunächst um den CDU-Vorsitz bewirbt. Mit seiner Leistung sind nur 30 Prozent zufrieden. Köcher findet das unfair, von den Fakten sei das nicht gedeckt. Bayern schlage sich in der Corona-Krise nicht besser als Nordrhein-Westfalen.

Auf SPD-Seite erntet Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz hohe Anerkennung. Ob der Zuspruch der Eliten seinen Ambitionen auf die Kandidatur hilft, ist fraglich. Die beiden SPD-Vorsitzenden

Nur einer kommt schlecht weg

Viel positiver als in früheren Krisen beurteilen Führungskräfte die Arbeit der Politik. Groß ist die Sorge vor einer zweiten Welle, dennoch wächst die Zuversicht. Das neue Elite-Panel.

Von Heike Göbel, Frankfurt

wollen die Partei bekanntlich nach links rücken, um sich im Wahlkampf schärfer abzugrenzen von der Union.

In den Augen der Mehrheit der Befragten konzentriert sich die Politik nicht zu einseitig auf den Kampf gegen die Pandemie. Auch den großen Einfluss der Virologen auf die Entscheidungen halten mehr als zwei Drittel für angemessen. Und obwohl die Infektionszahlen zum Zeitpunkt der Umfrage Anfang Juli schon stark gesunken waren, fordert selbst aus den Unternehmen nur eine Minderheit, die restlichen Einschränkungen im Alltag, etwa die Maskenpflicht, schnell aufzuheben.

„Das konnte ich gar nicht fassen“, sagt Köcher beunruhigt. Offenbar habe sich selbst die Wirtschaft – wie die Bevölkerung – eingerichtet im derzeitigen Zustand verringerter Aktivität und begrenzter Mobilität. Die Maskenpflicht möchten 70 Prozent ihrer Befürworter sogar so lange beibehalten, bis ein Impfstoff gegen das Virus gefunden ist. Auch einer Impfpflicht, einem politisch heißen Eisen, können viele Entscheider in der Wirtschaft etwas abgewinnen: Zwei von drei wären dafür. Die Politiker lehnen den Zwang jedoch mehrheitlich ab.

Wie die Bevölkerung erwarten die Eliten eine zweite Infektionswelle. Anders als die Bürger glauben sie aber nicht, dass dann abermals ein drakonischer bundesweiter Stillstand verordnet wird, sondern lokale Einschränkungen erfolgen, die der Wirtschaft weniger schaden. Auch das könnte erklären, warum knapp die Hälfte der Führungsspitzen schon wieder optimistisch für die Wirtschaftsentwicklung der nächsten sechs Monaten ist. Damit ist die Stimmung im wohl tiefsten Absturz der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg erstaunlicherweise nun besser als vor der Pandemie: Zum Jahreswechsel hatten die Wettbewerbsprobleme der Industrie, vor allem der Autohersteller, die Stimmung nahe an den Nullpunkt gedrückt.

Köcher vermutet hinter dem Optimismus auch den Wunsch der Eliten, Zuversicht in der Bevölkerung zu verbreiten, um den Konsum anzukurbeln. Das Panel zeichnet für sie kein beruhigendes Bild der Konjunktur, sondern bestätigt den tiefen Spalt. Während gut die Hälfte der Manager und Unternehmer die Krise schon stark im Geschäft spürt und die schwächere Auftragslage beklagt, merken die

anderen fast nichts. Knapp ein Drittel erwägt sogar Personalabbau – ein Risiko, auf das die Bevölkerung nicht vorbereitet sei, warnt die Demoskopin. Die Sorge um den Arbeitsplatz, die mit der Kurzarbeitswelle stark gestiegen war, sei wieder auf das geringe Niveau vor der Pandemie gesunken. Köcher weist auf die schwierige Corona-Lage in wichtigen deutschen Märkten hin und die beunruhigenden Spannungen zwischen China und Amerika. Ihr fällt es ihr schwer, an eine steile Erholung zu glauben.

Zu den Befunden gehört die Einschätzung der breiten Mehrheit der Führungskräfte, dass die staatlichen Corona-Hilfen für betroffene Branchen nun ausreichen. Nur 12 Prozent halten die Förderprogramme für zu gering, 15 Prozent dagegen schon für überdimensioniert. Kritik gibt es aber an Maßnahmen des zuletzt beschlossenen 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpakets. Während die massive Förderung des Klimaschutzes und neuer Technologien sowie die Senkung der Strompreise durch Deckelung der Umlage für erneuerbare Energie (EEG) überwiegend als erfolgversprechend bewertet werden, zweifeln die Eliten am Nutzen des Kinderbonus. Noch größere Skepsis schlägt dem Herzstück des Pakets, der befristeten Senkung der Mehrwertsteuer um rund 20 Milliarden Euro, entgegen. Auch der Kaufprämie für Elektroautos von 6000 Euro kann nicht einmal jeder Dritte etwas abgewinnen. Hieran entzündet sich grundsätzliche Kritik: Vier von fünf Befragten sind der Ansicht, mit der einseitigen Förderung der Elektromobilität habe die Politik den falschen Weg eingeschlagen. Ihre Aufgabe sollte sich darauf beschränken, nur Vorgaben für die Umweltfreundlichkeit der Autos zu machen. Wie diese dann erfüllt würden, sei die Sache der Industrie.

Das repräsentative Elite-Panel ist die am ranghöchsten besetzte Erhebung Europas. Befragt wurden 356 Wirtschaftsspitzen, darunter fast 100 Vorstände großer Konzerne, 121 Politiker aus Bundes- und Landeskabinetten und Fraktionen sowie 46 hohe Verwaltungsbeamte. (F.A.Z. von Entscheidern geschätzt, Seite 20.)